

mationen, Sport- und Freizeitmöglichkeiten und kulturelle Veranstaltungen angeboten werden. Da es Ziel der Altenhilfe sein muß, den älteren Menschen möglichst lange eine selbständige Lebensführung in der gewohnten Umwelt zu ermöglichen, muß die Sozialstation auch ambulante Hilfen wie fahrbare Mahlzeiten, Hauspflege, Körper- und Wäschedienste, aber auch die Betreuung durch Sozialarbeiter und Ärzte anbieten. Von der Konzeption her muß gewährleistet sein:

1. Sozialstationen sollten flächendeckend errichtet werden. Der von der Landesregierung genannte Einzugsbereich mit etwa 30 000 bis 50 000 Einwohnern erscheint geeignet.

2. Träger von Sozialstationen dürfen nur die Kommunen oder leistungsfähige freie Träger sein, die sich zur Zusammenarbeit verpflichten und bereit sind, ein Angebot für alle interessierten älteren Bürger ohne Rücksicht auf weltanschauliche und konfessionelle Zugehörigkeit zu offerieren.

F.D.P.: Probeweise Einführung von Sozialstationen fördern

Für die F.D.P.-Fraktion erklärt der Abgeordnete Werner Helbig:

Die Situation der ambulanten Krankenversorgung ist vielerorts besorgniserregend. Die Zahl der Gemeindefschwern ist stark rückläufig. Durch Nachlassen der nicht organisierten Nachbarschaftshilfe, nicht zuletzt bedingt durch die zunehmende Berufstätigkeit der Frau und durch die Abkehr von der 3-Generationen-Familie, verschärft sich die kritische Situation der sozialpflegerischen Betreuung zusätzlich.

Sozialstationen sind hier eine Möglichkeit, um wieder eine gut funktionierende ambulante gesundheits- und sozialpflegerische Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Sie bieten durch die ambulante Alterspflege eine Lösung an, die sowohl dem betreuten Personenkreis die Bewahrung seiner selbständigen Lebensführung sichert, als auch der Entlastung der Altersheime und – bei sonst notwendigem Krankenhausaufenthalt – der Krankenhäuser dient.

Bereits am 3. Mai 1974 habe ich die Landesregierung auf die besorgniserregende Situation der ambulanten Krankenversorgung hingewiesen und um Auskunft über den personellen Aufwand und die finanzielle Förderung von Einrichtungen der ambulanten gesundheits- und sozialpflegerischen Dienste gebeten. Die F.D.P.-Fraktion wird der Errichtung von Sozialstationen auch in Zukunft ihr besonderes Augenmerk widmen und die bestehenden Modellstationen kritisch auf ihre Brauchbarkeit prüfen. Sozialstationen sollten für je einen Einzugsbereich von 30 000 bis 50 000 Einwohnern als Einsatzzentrale die sozialpflegerischen Dienste koordinieren. Als Träger bieten sich die Verbände der freien Wohlfahrtspflege, rechtlich selbständige Zusammenschlüsse von Kirchengemeinden und auch die öffentliche Hand an. Das Land sollte Zuschüsse zu den Investitionskosten gewähren und neben den Gemeinden zu einem bestimmten Prozentsatz zu den nicht durch Einnahmen gedeckten laufenden Kosten der Sozialstationen beitragen.

Porträt



Paul Lakämper (CDU)

Er ist ein Pünktlichkeitsfanatiker, der Landrat von Gütersloh, und damit für jeden Kenner der parlamentarischen Szenerie – jedenfalls auf Landesebene – eine Rarität. In seinem Heimatkreis aber, wo Paul Lakämper das „Sagen“ hat, dringt er auf zeitliche Disziplin auch seiner Mitarbeiter und aller Gremien, zu denen er einlädt.

In die Politik ist der katholische Westfale vom Jahrgang 1926 über die bündische Jugendbewegung gekommen; wie so viele seiner Generation, die Krieg und Kriegsende noch an eigenem Leibe verspürt haben, von der Sorge getrieben, daß man niemals wieder eine Jugend so mißbrauchen dürfe.

Die politische Heimat des langjährigen Pfarrjugend- und späteren Dekanatsführers im Bund der katholischen Jugend war und ist die CDU, der er mit 26 Jahren beitrug und die ihn sogleich zum Ortssprecher der Jungen Union in seiner Heimatstadt bestellte. Sein parlamentarischer Einstieg begann in der Kommunalpolitik, die ihn auch veranlaßte, von der Jungen Union zur Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU zu wechseln. Zugleich erfolgte neue Aktivität in den Sozialausschüssen.

Obwohl Paul Lakämper kein Mann großer Sprüche ist – auch im Landtag gilt er eher als wortkarg –, setzte er sich beharrlich und gradlinig durch. Nach sechsjähriger Tätigkeit als Ratsherr von Gütersloh wurde er Fraktionsvorsitzender der CDU im Stadtrat, nach weiteren drei Jahren auch Mitglied des Kreistages Wiedenbrück und abermals drei Jahre später Landrat dieses Kreises, ein Amt, das er inzwischen mehr als ein Jahrzehnt bekleidet.

1966, als die Landtagswahlen anstanden und der Landtagswahlkreis seiner Heimat geteilt wurde, drängten ihn seine lokalen und regionalen Parteifreunde zur Kandidatur. „Wir wissen, was du für deine Heimatstadt und den Kreis geleistet hast und was du kannst! Jetzt muß du auch nach Düsseldorf!“ war ihr Wunsch und später das Votum der Wähler.

Lakämper aber war vom Landtag am Düsseldorfer Schwanenspiegel zunächst enttäuscht. Der gelernte Werkmeister, der in der Kommunalpolitik gewohnt war, „Nägel mit Köpfen“ zu machen, empfand die Landespolitik viel zu theoretisch und zu wenig praxisbezogen. Das änderte sich erst, als die kommunale Neugliederung im Landesparlament anstand und sich die Parlamentarier bei den ersten Neugliederungsgesetzen noch um jede Einzelheit kümmern konnten. Da war Lakämper wieder in seinem Element.

Darüber hinaus gehörte sein Engagement Jugend- und Sportfragen. Noch heute, nach Abschluß der kommunalen Neugliederung, bedauert es Lakämper, daß die Neugliederung in ihrer letzten Phase nicht mehr mit jener Gründlichkeit betrieben werden konnte, mit der die Parlamentarier angetreten waren. Für die notwendigen Kompromisse, so meint er, mußten hohe Preise gezahlt werden, und es werde sich erst in Jahrzehnten herausstellen, ob sie nicht zu hoch gewesen seien.

Auf jeden Fall – das ist für ihn, der auch im nächsten Landtag vertreten sein wird, ein fester Vorsatz – muß bald eine umfassende Funktionalreform folgen, wenn nicht vieles umsonst gewesen sein soll.

In der wenigen Freizeit, die ihm die politische Betätigung in der Partei und auf drei parlamentarischen Ebenen läßt, widmet er sich seiner Familie und seinem Eigenheim. Er ist ein begeisterter Bastler. In den wenigen Ferienwochen aber zieht es ihn mit Frau und drei Kindern in die Tiroler Berge, und in dieser Zeit hat er mit der Politik „nichts am Hut“.

Karl Fischer